

II-5868 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Zl. 10.000/106-Parl/88

Wien, 14. November 1988

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 Wien

2658 /AB
1988 -11- 24
zu 2726/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2726/J-NR/88, betreffend Berufungen, die die Abgeordneten Mag. Haupt und Genossen am 29. September 1988 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zunächst ist festzustellen, daß das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport im schulunterrichtsrechtlichen Berufungsverfahren sowohl als erste - und damit einzige Instanz - als auch als zweite Instanz tätig werden kann.

Erste Instanz ist das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport bei den Zentrallehranstalten gemäß § 3 Absatz 4 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl.

Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl.Nr. 321/1975, den höheren land- und forstwirtschaftlichen Bundeslehranstalten, der Forstfachschole des Bundes in Waidhofen/Ybbs, den an den Pädagogischen Akademien angeschlossenen Übungsvolksschulen und Übungshauptschulen sowie im Bereich der Stadt Wien für sämtliche allgemeinbildende Pflichtschulen.

- 2 -

Diese zuletzt genannte Zuständigkeit erklärt sich aus der Struktur von Art. 81a Abs. 2 B-VG und der des Bundes-Schul-aufsichtsgesetzes. Dessen § 3 Abs. 3 bestimmt nämlich, daß in Wien dem Landesschulrat, der dort die Bezeichnung Stadtschulrat für Wien trägt, auch die sachliche Zuständigkeit des Bezirksschulrates zukommt. Da es in Wien somit keinen eigenen Bezirksschulrat gibt, hätte dies zur Folge, daß Wiener Pflichtschülern, im Gegensatz zu denen aus den Bundesländern, lediglich eine Rechtsmittelinstanz offenstünde. Während nämlich außerhalb von Wien der Bezirksschulrat als erste und der Landesschulrat als zweite Instanz entscheidet, wäre in Wien der Stadtschulrat erste und einzige Instanz. Da es rechtsstaatlich bedenklich wäre, ein ganzes Bundesland in ein und derselben Rechtsangelegenheit um einen ganzen Instanzenzug zu verkürzen, stellt für die allgemeinbildenden Pflichtschulen der Stadt Wien der Stadtschulrat die erste und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport die zweite Instanz dar.

Zu erwähnen wäre noch, daß es sich bei den eingangs genannten Zentrallehranstalten um die Höheren Internatsschulen des Bundes in Wien, Graz, Schloß Traunsee bei Gmunden und Saalfelden, die Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V, die Graphische Lehr- und Versuchsanstalt Wien XIV, das Technologische Gewerbemuseum, Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt in Wien XX, die Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie in Wien XVI und das Bundesinstitut für Heimerziehung in Baden handelt.

DAS BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT ALS BERUFUNGSBEHÖRDE ERSTER INSTANZ

Als Berufsbehörde erster Instanz hat das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport im Schuljahr 1986/87 38 Fälle entschieden.

- 3 -

Davon 19 aus dem Bereich des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens, 18 aus dem Bereich der Zentrallehranstalten und 1 aus dem Bereich der den Pädagogischen Akademien des Bundes angeschlossenen Übungsvolks- und Übungshauptschulen.

Schlüsselt man diese Verfahren auf, so ergibt sich folgendes Bild:

a) Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen

Von den 19 Berufungen, die hier entschieden wurden, wurden 4 Berufungen stattgegeben, zweimal wurde die als unrichtig bekämpfte negative Beurteilung in eine positive abgeändert, zweimal wurde die negative Beurteilung zwar bestätigt, dem Schüler jedoch das Aufsteigen gemäß § 25 Abs. 2 lit.c SchUG gestattet. Nach dieser Bestimmung kann ein Schüler, dessen Jahreszeugnis nicht mehr als eine negative Beurteilung aufweist, dann in die nächsthöhere Schulstufe aufsteigen, wenn aufgrund der Leistungen, die er in den übrigen Pflichtgegenständen erbracht hat, zu erwarten ist, daß er dem Unterricht der nächsthöheren Schulstufe im Hinblick auf die Aufgaben der betreffenden Schulart zu folgen imstande sein wird.

11 Berufungen wurden abgewiesen. Hier ist zunächst auszuführen, daß aufgrund der Struktur des schulunterrichtsrechtlichen Berufungsverfahrens Verfahrensziel immer das Erreichen einer Berechtigung ist (z.B. die Berechtigung, in die nächsthöhere Schulstufe aufzusteigen). Es ist nicht primäres Verfahrensziel, einzelne Beurteilungen zu ändern. Wenn etwa ein Schüler in drei Pflichtgegenständen negativ beurteilt worden ist und er lediglich eine negative Beurteilung bekämpft, kann daher auch dann, wenn im Zuge des Rechtsmittelverfahrens die negative Beurteilung in eine positive umgewandelt werden sollte, die Entscheidung nur auf Abweisung der Berufung lauten.

- 4 -

Zwar hat der Schüler im Verfahren das was er wollte erreicht, einem stattgegebenen Bescheid stehen jedoch die beiden nicht bekämpften negativen Beurteilungen entgegen, die einen erfolgreichen Abschluß der nächsthöheren Schulstufe und damit das Gewähren der Berechtigung zum Aufsteigen unmöglich machen. In den hier angeführten 11 abweisenden Fällen ist in 2 Fällen eine negative Beurteilung zugunsten des Schülers verändert worden, in 9 Fällen ist dies nicht erfolgt. Zwar sind, wie bereits ausgeführt, diese beiden aus der Sicht des Schülers "positiven" Entscheidungen aus verfahrenstechnischen Gründen unter den abweisenden Entscheidungen zu verbuchen, doch hatte dies das Wegfallen von negativen Beurteilungen dazu geführt, daß die Schüler zu Wiederholungsprüfungen antreten konnten bzw. sich eine Wiederholungsprüfung erübrigt hat.

In 3 Fällen wurde die Berufung zurückgewiesen; in einem Fall hat sie der Rechtsmittelwerber selbst zurückgezogen.

b) Zentrallehranstalten:

Hier wurden von den 18 eingegangenen Berufungen 6 Berufungen stattgegeben. In 4 dieser 6 Fälle wurde die negativ bekämpfte Beurteilung in ein positives Kalkül abgeändert, in 2 Fällen die Berechtigung zum Aufsteigen gemäß § 25 Abs. 2 lit.c SchUG erteilt. Abgewiesen wurden 10 Berufungen, wobei jedoch in 2 Fällen zumindest eine der negativen Beurteilungen in eine positive umgewandelt worden ist. Zweimal wurde die Berufung zurückgewiesen.

c) An den Pädagogischen Akademien des Bundes angeschlossene Übungsvolksschulen:

Hier wurde im Schuljahr 1987/88 lediglich 1 Berufung bearbeitet. Ihr wurde stattgegeben.

- 5 -

Zwar konnte die bekämpfte negative Beurteilung nicht abgeändert werden, allerdings erfolgte die Aufstiegsberechtigung aufgrund des Vorliegens der im § 25 Abs. 2 lit.c SchUG aufgestellten Tatbestandsvoraussetzungen.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT ALS
RECHTSMITTELBEHÖRDE ZWEITER INSTANZ:

Als Rechtsmittelbehörde zweiter Instanz hat das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport im Schuljahr 1986/87 55 Berufungsfälle entschieden. Davon entfielen 33 auf das allgemeinbildende höhere Schulwesen, 15 auf das berufsbildende höhere Schulwesen, 1 auf die Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, 5 auf das berufsbildende mittlere Schulwesen und 1 auf die Berufsschulen. Im Detail stellt sich die Übersicht wie folgt dar:

1. Allgemeinbildendes höheres Schulwesen:

Im allgemeinbildenden höheren Schulwesen wurden von den 33 Berufungen 19 abgewiesen, 8 Berufungen wurden stattgegeben. In 4 dieser 8 Fälle erfolgte die Stattgebung nur deshalb, weil der Schüler mittlerweile die Wiederholungsprüfung positiv abgelegt hat. Da dem Schulrecht ein Einstellungstatbestand für solche Fälle fehlt, läuft das Verfahren weiter. Aufgrund der Bestimmungen des AVG ist der neu entstandene Sachverhalt der positiven Wiederholungsprüfung zu berücksichtigen und der stattgebende Bescheid darauf zu stützen. In 2 Fällen wurde die Berufung zurückgewiesen, viermal wurde sie zurückgezogen.

2. Berufsbildende höhere Schulen:

Hier wurden von den 15 anhängig gemachten Berufungen 10 abgewiesen. Davon wurde jedoch in einem Fall eine negative Beurteilung in eine positive Beurteilung abgeändert.

- 6 -

In 3 Fällen lautete die Entscheidung auf Stattgebung, davon einmal aufgrund einer positiven Wiederholungsprüfung. Eine Berufung wurde zurückgezogen, eine Berufung zurückgewiesen.

3. Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

Bei den Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung wurde lediglich eine einzige Berufung anhängig gemacht, die abgewiesen wurde.

4. Berufsbildende mittlere Schulen:

Hier gab es 5 Berufungen. Davon wurde eine abgewiesen, 4 Berufungen zurückgewiesen.

5. Berufsschulen:

Im Schuljahr 1986/87 gab es eine Berufung aus diesem Bereich. Diese wurde abgewiesen.

